

Positionspapier der SP Zurzibiet zur aktuellen AKW-Debatte

Vorwort

Die Schweiz steht vor der entscheidenden Wahl ihrer Energiezukunft. Der Bezirk Zurzach ist als Standort von drei der vier noch in Betrieb stehenden AKW in der Schweiz besonders stark von dieser Debatte betroffen. In den letzten Monaten haben sich einige politische Akteure aus der Region äusserst fragwürdig positioniert. Sie fordern teilweise vehement, die bestehenden AKW länger laufen zu lassen und gar neue AKW in der Region zu planen. Die SP Zurzibiet stellt sich klar gegen diese rückwärtsgewandten und riskanten Ideen. Die globalen Herausforderungen des Klimawandels sind gewaltig, gleichzeitig hat die Sicherheit der Bevölkerung unbedingten Vorrang. Im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, ist es unerlässlich, klar Position für die begrenzte Laufzeit der bestehenden Atomkraftwerke und gegen die Errichtung neuer Anlagen zu beziehen. Dieses Positionspapier fordert die schnellstmögliche Abschaltung der bestehenden und den Verzicht auf den Bau neuer Atomkraftwerke, egal welcher Generation und Bauart. Eine Verlängerung der Laufzeit des AKW Leibstadt auf 80 Jahre lehnt die SP Zurzibiet strikt ab, die Abschaltung der Reaktoren Beznau I und II per 2033 resp. 2032 ist als spätestmöglicher Termin unabdingbar. Zudem fordert die SP Zurzibiet, dass der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern mit Nachdruck von der öffentlichen Hand gefördert werden soll.

1. Sicherheit statt Risiko

Atomkraftwerke bergen «eingebaute» Risiken, die nicht ignoriert werden dürfen. Nuklearkatastrophen wie in Tschernobyl und Fukushima – jede für sich ein Super-GAU – haben nicht nur in der Umgebung fatale Konsequenzen, sondern auch globale Auswirkungen. Der Schutz menschlichen Lebens muss stets an erster Stelle stehen. Eine schnellstmögliche Abschaltung bestehender AKW-Anlagen reduziert das Risiko eines nuklearen Unfalls und schützt die Gesundheit und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger.

2. Ökologisch geprägte Energiezukunft

Die Zukunft der Energieversorgung liegt in der Nutzung erneuerbarer, umweltfreundlicher Energien. Solar-, Wind- und Wasserkraft bieten nachhaltige Alternativen, die nicht nur umweltfreundlich sind, sondern auch die lokale Wirtschaft stärken können. Der Bezirk Zurzach hat das Potenzial, ein Vorreiter in der Nutzung erneuerbarer Energien zu werden. Durch Investitionen in diese Technologien können wir Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig unseren ökologischen Fussabdruck verkleinern. Das Stimmvolk hat in mehreren Abstimmungen den Willen kundgetan, diesen Weg zu beschreiten.

3. Die Kostenrechnung

Die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung von Atomkraftwerken sind hoch und steigen kontinuierlich. Im Gegensatz dazu haben sich die Kosten für Energie aus erneuerbaren Quellen in den letzten Jahren erheblich reduziert. Dieser Sinkflug setzt sich erfreulicherweise fort. Der Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung kann langfristig wirtschaftliche Vorteile bringen und die Abhängigkeit von teuren und risikobehafteten Atomkraftwerken verringern.

Selbst die Betreiber der in Betrieb stehenden AKW sehen keine Möglichkeit, ein allfälliges neues AKW wirtschaftlich zu betreiben. Ein neues Bewilligungsverfahren würde Jahre in Anspruch nehmen, nach heutiger Schätzung könnte ein AKW nicht vor 2040 ans Netz gehen. Aktuelle Beispiele neuer AKW aus Finnland und Frankreich belegen massive Überschreitungen in Bezug auf Kosten und Bauzeit. Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen ist unbegründet. Allein für den Rückbau und die Entsorgung der drei Atomkraft-Anlagen werden Fachkräfte noch für Jahrzehnte benötigt, währenddessen im Bereich der erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze entstehen.

4. Gesellschaftliche Ablehnung

In den letzten Jahren hat sich die öffentliche Meinung in zunehmendem Mass gegen die Atomkraft gestellt. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fordert eine transparente und verantwortungsvolle Energiepolitik, die auf Sicherheit und Nachhaltigkeit setzt. Die Abschaltung der bestehenden Atomkraftwerke und der Verzicht auf neue nukleare Anlagen werden das Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger stärken und die Bejahung ökologischer Energiekonzepte erhöhen.

5. Endlagerung – ein ungelöstes Problem

Die geplante Endlagerstätte im zürcherischen Windlach bei Stadel ist so konzipiert, dass maximal der Atommüll der vier noch in Betrieb stehenden AKW, des bereits ausser Betrieb gesetzten AKW Mühleberg sowie radioaktive Abfälle aus Forschung und Medizin gelagert werden können. Gemäss Nagra-Direktor Matthias Braun ist die geplante Lagerstätte für den atomaren Müll der in der Schweiz noch betriebenen AKW geplant – bei einer jeweiligen Laufzeit von 60 Jahren, eine Reserve von 50 Prozent eingerechnet. Eine Erweiterung wäre kompliziert und aufwendig. Das Argument, dass mit sogenannten Transmutationsreaktoren der Atommüll verwertet werden kann, entbehrt jeglicher Evidenz – die Technologie ist noch ungetestet. Und zu den von der Atomlobby oft ins Feld geführten «Small Modular Reactors» (SMR, deutsch: «kleine modulare Reaktoren») ist schlicht zu sagen: Weltweit gibt es keinen einzigen kommerziellen SMR, der in Betrieb steht. Zudem wäre dieser Sektor stark auf staatliche Unterstützung angewiesen, was strikt abzulehnen ist. Anlagen dieser Art sind weit weg von einem Markteinsatz und auch Reaktoren der neuesten Generation produzieren Atommüll – der in jedem Fall eine Lagerstätte benötigt.

Fazit

Aufgrund der oben genannten Argumente ist die SP Zurzibiet dezidiert der Ansicht, dass die bestehenden Atomkraftwerke in der Schweiz schnellstmöglich abzuschalten sind und keine neuen AKW geplant und gebaut werden dürfen. Es ist allerhöchste Zeit, eine nachhaltige, sichere und zukunftsorientierte Energiepolitik zu verfolgen, die den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft und zukünftigen Generationen gerecht wird. Lasst uns gemeinsam für eine saubere und sichere Energiezukunft ohne Atomkraftwerke eintreten.

Autoren:

André Rehmann, Andreas Turner,

SP Zurzibiet